

SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede

- Rede zum Haushalt 2015 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist wieder so weit: das Jahr neigt sich dem Ende. Das, was wir uns vorgenommen hatten, ist weitestgehend abgearbeitet. Die Kasse für 2014 ist dementsprechend leer. Bald beginnt das neue Jahr und wir benötigen einen neuen Haushalt für 2015., der uns zur Beschlussfassung vorliegt.

Wie sieht das nun aus? Der Haushalt ist ausgeglichen. Das muss er auch sein. Aber wie kommt der Haushaltsausgleich zustande. Einnahmen und Ausgaben müssen überein stimmen. Und wenn das nicht der Fall ist, dann muss intensiv über Veränderungen der einzelnen Ansätze nachgedacht werden.

Unsere Einnahmen, das wissen wir, meine Damen und Herren, sind endlich. Wir alle haben den Haushalt vor Augen. Wir kennen unsere Einnahmepositionen. Einige sind von uns beeinflussbar, einige werden von außen vorgegeben.

Unsere Ausgaben: in der Regel sind die Ausgaben unabweisbar. Wir haben sie trotz allem zu überprüfen. Aber es gibt wenige Möglichkeiten, Kürzungen vorzunehmen.

Bereits in den letzten Jahren zeichnete sich ab, dass wir auf Dauer nicht mehr so weiter arbeiten können wie bisher. Das heißt, unsere Ausgaben werden höher sein, als unsere Einnahmen. Wir können unsere Strukturen nicht mehr halten. Wir können nicht mehr ohne weiteres investieren. Wir müssen zukünftig erhebliche Einschränkungen hinnehmen. Bei allem was unsere Bürgerinnen und Bürger an Rastede so lieben und wertschätzen, bei allem was unsere Gemeinde so auszeichnet, könnte es in Teilen zu Abstrichen kommen müssen. Aber wollen wir das?

Meine Antwort ist ein deutliches Nein!

Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Und wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir entsprechend handeln. Wir können nicht so weiter machen wie bisher. Die Aussage ‚Wir sind schuldenfrei‘ trifft nicht mehr zu, wenn sie denn überhaupt jemals zutraf. Oder haben wir vielleicht bereits in der Vergangenheit schon fahrlässig gehandelt, in dem wir teilweise erforderliche Ausgaben in die Folgejahre verschoben haben?

Dies kann man nicht mehr zurück drehen. Wir müssen jetzt nach vorne schauen.

Wie geht's weiter? Prüfen wir nochmals die Ausgaben. Denn bevor man an die Erhöhung von Einnahmen geht, sollte man durchaus nachsehen, ob alle Ausgaben, die wir haben, wirklich nötig sind. Gibt es vielleicht noch irgendwo Einsparmöglichkeiten? Wie sieht es mit den laufenden Kosten aus und wie mit den investiven Mitteln?

Die Verwaltung aber auch wir haben alle Produkte im Haushalt intensiv überprüft.

Zu den laufenden Ausgaben:

Unsere Personalausgaben sind unabdingbar. Und das ist auch gut so. Eine Gemeindeverwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb. Ein Dienstleistungsbetrieb aber zeichnet sich durch sein Personal aus. Dadurch steigen konsequenterweise auch die Personalkosten. Eine gute Gemeinde hat gutes Personal. Und wir sind eine gute Gemeinde. Dieses Personal muss auch angemessen entlohnt werden. Die Tarif- und Gehaltserhöhungen sind im Haushalt entsprechend eingeplant. Hier gibt es keinerlei Einsparungsmöglichkeiten, vor allem, wenn man bedenkt, dass unsere Gemeinde derzeit noch mit einem Personalschlüssel von 23,9 % auskommt, im Gegensatz zu den anderen Ammerlandgemeinden, die durchschnittlich mit 25,7 % arbeiten. Auch wir werden über kurz oder lang über einen anderen Personalschlüssel nachdenken müssen. Die Aufgaben, die eine Gemeindeverwaltung leisten muss, werden immer vielfältiger und die Ansprüche an sie steigen.

Zu den Sachmitteln: alle im Haushalt noch enthaltenen Sachmittel sind absolut erforderlich. Eine weitere Kürzung ist unmöglich.

Die investiven Mittel:

Natürlich investieren wir auch 2015 – insgesamt ca. 12 Mio. €. Wir investieren in unsere Schulen, Kitas und Kinderspielplätze, in unsere Einrichtungen, in unsere Feuerwehr, in die Gemeindestraßen, in die Kanalisation und in sämtliche Rohrnetze, in die Sportstätten und in vieles mehr. Aber alle für 2015 vorgesehenen Investitionen sind unerlässlich. Es sind teils Fortschreibungen bereits begonnener Investitionen. Teils handelt es sich um energetische Sanierungen. Oder sie dienen unserer gemeinsamen Sicherheit wie die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges. Insgesamt sind es Investitionen, die keinen Aufschub erlauben.

Geht man davon aus, dass wir unsere Einrichtungen wie Bücherei, Jugendzentrum oder auch unsere Bäder nicht schließen werden und natürlich auch nicht wollen, dann sind sämtliche Haushaltsausgaben nachvollziehbar begründet und unabweisbar.

Im Gegenteil, es sind noch Ausgaben gestrichen und verschoben worden, die nicht hätten gestrichen und verschoben werden dürfen. So wurden Renovierungskosten in Höhe von 75.000 € für die KGS/Feldbreite nicht veranschlagt. 35.000 € werden der Residenzort GmbH nicht zur Verfügung gestellt, obwohl die Gelder dringend für die weitere Sanierung des Turnierplatzes erforderlich wären. Energetische Maßnahmen an Schulen wurden teilweise in die nächsten Jahre verschoben. Bei der Straßenunterhaltung und beim Deckenprogramm wurden jeweils 200.000 € gestrichen. Bei der Unterhaltung der Kanalisation sind 140.000 € gestrichen. Kosten, die später potenziert wieder auf uns zu kommen werden. Insgesamt sind es über 500.000 €, die eigentlich in die Hand genommen werden müssten, damit wir unsere Hausaufgaben richtig machen können, damit wir unsere Strukturen halten können.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir haben viel zu tun. Uns fehlt aber das Geld.

Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Ich komme zu unseren Einnahmen und frage mich, wie ich sie verbessern kann.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes werden sich hoffentlich auf 2.6 Mio. € belaufen. Die Umsatzsteuerbeteiligung erreicht 550.000 €. Sie beide sind von uns nicht beeinflussbar.

Die Vergnügungs- und die Hundesteuer ergeben 100.000 €. Sie könnten wir anfassen. Eine Anhebung bringt nicht allzu viel, ist aber eine Ordnungssteuer, die alsbald durchaus angepasst werden könnte.

Die Einkommensteuerbeteiligung, eine Steuer, auf die die Gemeinde nur indirekt Einfluss nehmen kann, ergibt nach Plan 8,2 Mio. €.

Nun die drei Steuerarten, deren Höhe die Gemeinde selber festlegen kann: die Grundsteuer A (steht für Agrar – oder landwirtschaftliche Liegenschaften), die Grundsteuer B (steht für bebaubare/bebaute Liegenschaften), die Gewerbesteuer (steht für Gewerbe).

Unser Haushalt beinhaltet eine jeweilige Steueranpassung um 15 Punkte bei allen drei Steuerarten. Dies wird von uns einhellig mitgetragen. Ich habe bereits in meinen Haushaltsreden von 2013 und 2014 auf eine dringend erforderliche Anhebung der Sätze hingewiesen. Wir sind im Ammerland diejenigen mit den niedrigsten Sätzen. Wir stehen in Niedersachsen auch ganz unten. Das ist grundsätzlich lobenswert und nicht schlimm, es sei denn, wir können es uns nicht leisten. Und dieser Zeitpunkt ist jetzt allemal gekommen. Wir nehmen erhebliche Kredite auf, was ja bei der jetzigen Zinslage nicht grundsätzlich zu verteufeln ist. Aber wir streichen und verschieben trotzdem noch viele wichtige Maßnahmen, die jedoch dringend erforderlich sind.

Natürlich sind Steueranpassungen nicht schön und keiner will gerne mehr bezahlen. Aber nochmals zur Erinnerung: bereits 2012 hat der Landesrechnungshof uns ins Stammbuch geschrieben, dass wir mit unseren Hebesätzen zur Grund- und Gewerbesteuer deutlich unter Landesdurchschnitt vergleichbar großer Kommunen liegen und unser Einnahmepotential nicht ausschöpfen (LRH-Bericht vom 12.07.2012, Seite 14).

Wenn wir jetzt die Steuern um 15 Punkte erhöhen, dann sind wir immer noch die günstigsten im Ammerland und bekommen durch diese Entscheidung zusätzlich 520.000 € in die Gemeindekasse. Hierfür können wir die von mir oben angesprochenen Aufgaben in Teilen erfüllen. So könnten wir die dringend erforderlichen Renovierungsarbeiten an der KGS/Feldbreite und die energetischen Maßnahmen in den Schulen durchführen, was letztendlich ca. 125.000 € ausmacht. Wir sollten auch die von meinem Fraktionskollegen Lars Krause angesprochene befristete Halbtagsstelle in der Bücherei, die 20.000 € kosten würde, einplanen. Dies alles gehört zu einem Bildungspaket und macht eine gute Gemeinde aus. Ich zitiere ungern einen CDU-Abgeordneten, denn meistens kann ich mit den Zitaten nicht all zuviel anfangen, aber eines möchte ich doch zum Besten geben. Volker Kauder, der CDU-Fraktionschef des Bundestags, sagte in der letzten Woche: „Wer nichts im Boden hat, der muss es in der Birne haben.“ Dieses Zitat trifft den Kern. Wir müssen, und als SPD wollen wir das auch, wir müssen in die Bildung investieren. Dazu gehören die Schulen, unsere Kitas aber auch die Bücherei. Weiter: wir könnten

jeweils 100.000 € in die Straßensanierung und das Deckenprogramm einplanen, 140.000 € für unsere Kanalisation. Das sind die dringendsten Aufgaben, die von uns erledigt werden müssen und die nicht im derzeitigen Haushalt enthalten sind. Nicht zu vergessen die 35.000 € für die Residenzort Rastede GmbH. Allein der Zaun unseres Turnierplatzes bedarf der dringenden Sanierung. Aber hierüber werden wir Anfang des nächsten Jahres sprechen.

Wir haben die Steuern das letzte Mal 2003 erhöht. Dies ist 11 Jahre her. Ein viel zu langer Zeitraum. Denken Sie an die in der Zeit erfolgten allgemeinen Preissteigerungen, die alle mit aufzufangen waren. Oder die Tarifierhöhungen. Nicht zu vergessen die Einführung der Doppik, die letztendlich zur Folge hat, dass wir über 1 Mio. € mehr erwirtschaften müssen. Sie sehen, die Zeit drängt, wir hätten schon längst tätig werden müssen. Wir, die SPD-Fraktion, halten es deshalb für angebracht, zukünftig leichte Steueranpassungen in kürzeren Abständen vorzunehmen. Für uns ist es aber auch wichtig, dass alle drei Steuerarten gleichmäßig angepasst werden. Die stärkere Besteuerung einer Gruppe Steuerzahler zugunsten einer anderen, z.B. der Grundsteuer B zugunsten der Gewerbesteuer, die ja auch schon mal im Gespräch war, wäre mit uns nicht zu machen.

Und nun noch einmal für alle zur Klarstellung und um ein bisschen die Angst zu nehmen: heruntergebrochen auf den einzelnen Haushalt – es geht um die Grundsteuer B - beliefe sich die Erhöhung bei einem Grundstück von ca. 800 m² auf ca. 1,80 € im Monat. Dies dürfte zu verkraften sein.

Einmal noch zum Vergleich mit 2 Oberzentren hier im Umland: Oldenburg will seine Grundsteuer B von 430 auf 467 Punkte erhöhen. Wilhelmshaven wollte dies von 480 auf 550. Letzter Vorschlag wurde erstmal abgelehnt und man geht in die Verhandlungen. Sie sehen, wir können uns durchaus noch sehen lassen. Und wie schon gesagt, unsere direkten mit uns vergleichbaren Nachbarn, die kleineren Gemeinden und Mittelzentren, haben bereits jetzt und auch künftig deutlich höhere Steuersätze als wir.

Nun haben wir aber auch noch die Niederschlagswassergebühr eingeführt. Diese belastet die privaten Haushalte und Gewerbe natürlich zusätzlich. Es handelt sich hier um eine Gebühr, die alle Flächeneigentümer ausgewogen an den erheblichen Kosten für die Regenwasserbeseitigung beteiligt. Ansonsten müsste dies über den Gesamthaushalt finanziert werden, was letztendlich logischerweise zu höheren Steuern führen würde. Bei der Niederschlagswassergebühr hat aber jeder Grundeigentümer die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Je geringer die versiegelte und an die Kanalisation angeschlossene Fläche ist, desto geringer ist auch die Gebühr.

So, ich werde jetzt schließen. Vorher möchte ich aber nicht vergessen, darauf hinzuweisen, dass die höhere Steuer durch Senkungen bei der dezentralen Schmutzwassergebühr und der Straßenreinigungsgebühr zumindest in Teilen kompensiert wird. Daneben erfolgt zusätzlich die Senkung der Abfallgebühr, die der Landkreis beschlossen hat, die uns allen somit auch zugute kommt.

Wir stimmen dem vorgelegten Haushalt 2015 zu, appellieren aber insbesondere an die Mehrheitsgruppe, die durch die Steuererhöhung erzielten Mehreinnahmen für die

von mir bereits genannten und bisher dem Sparziel zum Opfer gefallenem Maßnahmen zu verwenden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rastede, 16. Dezember 2014

Rüdiger Kramer
SPD-Fraktionsvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -